

Gemeinde Barsinghausen  
Der Gemeindedirektor

Barsinghausen, den 18 Nov. 1954  
Deisterstr. 10

An den  
Vorsitzenden der Industrie-  
gewerkschaft Metall  
Herrn Otto Brenner  
Frankfurt/Main  
Untermain Kai 70/76

Werter Genosse Brenner!

Dir wird die gegenwärtige Angelegenheit Volkswagenwerk bekannt sein. Es handelt sich um die Neuansiedlung eines Teilbetriebes des Volkswagenwerkes entweder nach Barsinghausen oder nach Hannover. In dieser Angelegenheit schreibe ich Dir diese Zeilen.

Der Antrag des Vorstandes der Preußag auf Schließung des Bergwerkes Barsinghausen wegen Unrentabilität war die Ursache der Frage einer Neuansiedlung des Volkswagenwerkes nach Barsinghausen. Mit der Schließung des Bergwerkes würden 2360 Bergleute und Angestellte arbeitslos. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat in dieser Angelegenheit eine kleine Anfrage gestellt. Auf diese Anfrage hat der Wirtschaftsminister Erhard geantwortet in dem Sinne, daß das Bergwerk sich auf die Dauer nicht halten läßt, daß aber der Bund alles tun wird, daß hier andere Industrien angesiedelt werden.

Die Gemeinde Barsinghausen ist ausschließlich auf diesen Bergwerksbetrieb angewiesen. Wird das Werk geschlossen, ohne daß andere Betriebe nach hier kommen, so bedeutet das den finanziellen Ruin.

Dir ist bekannt, daß die Stadt Hannover durch günstige Angebote versucht, das Volkswagenwerk nach dort zu bekommen. Für die Stadt Hannover bedeutet das eine Mehreinnahme von einigen 100.000 DM, die, gemessen an dem hohen Gewerbesteueraufkommen der Stadt Hannover, nur einen geringen Prozentsatz ausmacht.

Für die Gemeinde Barsinghausen würde aber die Nichtansiedlung des Werkes und die Aufgabe des Bergwerkes den völligen finanziellen Zusammenbruch der Gemeinde bedeuten.

Ich halte mich für verpflichtet, Dir dieses mitzuteilen, um die Angelegenheit von einer anderen Seite zu sehen.

Die Ansiedlung des Werkes in Hannover-Stöcken und der tägliche Transport von Bergleuten nach dort ist keine Lösung, denn er macht die Gemeinde Barsinghausen zu einer ausgesprochenen Arbeiterwohnsitz-Gemeinde ohne finanziellen Rückhalt. Die politische Lage des Arbeitsmarktes ist im Raum Barsinghausen gut. Es stehen im Radius von 10 km 20.000 Arbeitskräfte zur Verfügung. Sozialpolitisch gesehen sind die Arbeiter hier viel besser untergebracht als in Hannover, da sie hier meist eigene Siedlungshäuser haben.

Auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt dürften keine Bedenken bestehen, da die Bergleute zu 100 % organisiert sind und von IG-Bergbau dann in IG-Metall überführt werden.

In der kommenden Aufsichtsratssitzung wird die Entscheidung dadurch beeinflusst werden, daß die Preußag ihr gesamtes Eigentum, 120 Morgen Land, 120 Wohnungen in eigenen Häusern, das Kraftwerk mit neuen, modernen Anlagen und 990 neu erbaute Siedlungshäuser dem Volkswagenwerk kostenlos zur Verfügung stellt; ein Objekt von ca. 8 Millionen DM.

Im Interesse der Gemeinde Barsinghausen bitte ich Dich, in der entscheidenden Sitzung für Barsinghausen einzutreten. Solltest Du das nicht können, dann bitte ich, in der Aufsichts-

ratssitzung mindestens dafür einzutreten, daß vor einer endgültigen Entscheidung eine Besichtigung des Aufsichtsrates hier stattfindet. Ich glaube, nur so kann man die Angelegenheit aus Gründen der Gerechtigkeit behandeln.

Mit sozialistischem Gruß

*Hefs*

*in: ZWA Z-17 450, IG Metall Vorstand Frankfurt*